



Wir Steirer

WEIZ
KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH
www.fpoe-stmk.at

Liebe Weizerinnen, liebe Weizer!

Zu Beginn möchte ich unsere aktuelle Aussendung dazu nutzen, um Sie herzlich zu den bevorstehenden Veranstaltungen der FPÖ in der Stadt Weiz einzuladen.

Am Mittwoch, dem 28. November 2018, veranstaltet das Freiheitliche Bezirksbüro in der Lederergasse 12 in 8160 Weiz ab 15:00 Uhr seinen Tag der offenen Tür. Der Abgeordnete zum Landtag Steiermark und FPÖ-Bezirksparteiobmann Erich Hafner sowie sein Team stehen an diesem Nachmittag für Fragen und Antworten zur Verfügung. Sie alle freuen sich auf viele interessante Gespräche.

Am Samstag, dem 01. Dezember 2018, lade ich Sie ab 09:00 Uhr zu unserem FPÖ-Informationstand mit der Familiensprecherin des Freiheitlichen Landtagsklubs - der Abgeordneten zum Landtag Steiermark Dipl.-Ing. Hedwig Staller - sowie mit dem Abgeordneten zum Landtag Steiermark und FPÖ-Bezirksparteiobmann Erich Hafner zum Thema Familienbonus Plus auf dem Weizer Hauptplatz ein. Der Familienbonus Plus tritt ab 01. Jänner 2019 in Kraft und ist eine der bedeutendsten Entlastungsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte für Familien. Nutzen Sie diese Chance, um persönlich mit unseren Landtagsabgeordneten über dieses Thema zu reden. Wir freuen uns auf viele Besucher. Für Verpflegung ist gesorgt.

FPÖ-Stadtpartei Weiz

Neben unseren Aufgaben als Gemeinderäte, welche Gemeinderat Johann Engelman und ich ausüben, sind wir immer bemüht, unsere FPÖ-Stadtparteigruppe zu erweitern beziehungsweise zu verstärken. Unsere politische Arbeit ist vielseitig. In einer Gemeinschaft kann man jedoch vieles leichter bewegen. Freiheit, Si-

cherheit, Friede sowie das Wohlergehen Österreichs und seiner Bevölkerung sind die Leitlinien und der Maßstab der FPÖ. Mit diesen Werten setzen wir uns auch für die Stadt Weiz ein und nehmen uns um die Anliegen sowie um die Interessen der Bürger an. Wir laden Sie herzlich dazu ein, aufzustehen und uns zu verstärken sowie für eine Sache einzutreten, welche Ihnen am Herzen liegt. Gemeinsam können wir mehr erreichen. Wer Interesse daran hat,

sich unserer Gesinnungsgemeinschaft anzuschließen, unser Team zu verstärken sowie neue Idee und neue Meinungen einzubringen: Bitte melden Sie sich einfach im FPÖ-Bezirksbüro oder besuchen Sie eine unserer Veranstaltung in Weiz für ein persönliches Gespräch.

Ihr Gemeinderat Martin Eder
FPÖ-Stadtpartei Weiz



Einladung zum ADVENTSTAND

mit LAbg. Hedwig Staller & LAbg. BezPO Erich Hafner

**01
DEZ.**

Hauptplatz Weiz
von 09:00 bis 11:00 Uhr

- ✓ Thema „Familienbonus“
- ✓ Die FPÖ-Stadtpartei Weiz freut sich auf viele interessante Gespräche!

F.d.v.: FPÖ Bezirksparte Weiz | 8160 Weiz
 Es wird darauf hingewiesen, dass am Veranstaltungsort Fotos und / oder Videos angefertigt werden und zu Zwecken der Dokumentation der Veranstaltung veröffentlicht werden können.

Familienbonus Plus: Weil es um unsere Kinder geht!

Am 01. Jänner 2019 tritt der Familienbonus Plus in Kraft. Eine langjährige freiheitliche Forderung wird umgesetzt.

Die Familien sind der Grundpfeiler unserer Gesellschaft und verdienen Unterstützung. Dies geschieht jetzt endlich mit dem Familienbonus Plus. Der Familienbonus Plus ist ein Absetzbeitrag in der Höhe von 1.500 Euro pro Kind und Jahr, der bis zum 18. Lebensjahr des Kindes beansprucht werden kann. Die Steuerentlastung reduziert sich dadurch um bis zu 1.500 Euro pro Jahr. Für Kinder ab 18 Jahren gibt es einen reduzierten Familienbonus von 500 Euro jährlich, wenn für diese Kinder Familienbeihilfe bezogen wird. Der Familienbonus Plus wirkt sich ab dem ersten Euro, der an Lohnsteuer bezahlt wird, aus. Voll

ausgeschöpft werden kann er ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von etwa 1.750 Euro bei einem Kind. Wenn jemand zwei Kinder unter 18 Jahren hat und bisher jährlich 3.000 Euro Lohnsteuer bezahlen musste, so zahlt er künftig keine Einkommensteuer mehr und ist zu 100 Prozent von der Steuerlast befreit. Der Familienbonus Plus kann wahlweise über die Lohnverrechnung 2019, also durch den Arbeitgeber, oder über die Steuererklärung beziehungsweise über die Arbeitnehmerveranlagung 2019 mit Auszahlung 2020 geltend gemacht werden. Bei der Abrechnung über die Lohnverrechnung muss der Familienbonus Plus beim Arbeitgeber beantragt werden. Dieser Antrag ist frühestens ab Dezember 2018 möglich.

Der Kinderfreibetrag und die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten bis zum zehnten Lebensjahr ent-

fallen mit der Einführung des Familienbonus Plus. Das Familienbonus-System ist für die Bürger einfacher und unbürokratischer. Der Familienbonus Plus hat darüber hinaus die fünffache Wirkung der beiden wegfallenden Maßnahmen. Eltern, die arbeiten gehen und mit Steuern unser Sozialsystem tragen, werden somit mit dem Bonus maßgeblich unterstützt. Davon werden in der Steiermark insgesamt 191.909 Kinder profitieren. Auch gering verdienende Alleinerzieher beziehungsweise Alleinverdiener, die keine oder eine geringe Steuer bezahlen, erhalten künftig einen sogenannten Kindermehrbetrag in der Höhe von 250 Euro pro Jahr und Kind. Somit werden auch Eltern mit geringerem Einkommen berücksichtigt.

Ihre Rebekka Wailand
FPÖ-Stadtpartei Weiz



Bundesregierung sichert höhere Pensionen

Die türkis-blaue Bundesregierung hat im Rahmen einer Ministerratssitzung im Oktober die höchste Pensionserhöhung seit Jahren beschlossen. Damit wird eine langjährige freiheitliche Forderung umgesetzt.

Ab 01. Jänner 2019 werden die Pensionen sozial gestaffelt angehoben. Von der Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze um 2,6 Prozent wird rund die Hälfte aller heimischen Pensionisten profitieren. Damit werden die Mindesteinkommen von Beziehern kleiner und kleinster Pensionen deutlich über der Inflation erhöht. Insgesamt nimmt die Bundesregierung im Zuge der Pensionsanpassung rund 69 Millionen Euro in die Hand, um die Altersarmut zu bekämpfen. „Im Gegensatz zur gescheiterten rot-schwarzen Regierung unterstützt die türkis-blaue Koalition heimische Pensionisten deutlich stärker. Die Pensionserhöhung zeigt den klaren Willen der Bundesregierung, das Pensionssystem der SPÖ-geführten Vorgängerregierung zu reparieren, um damit mehr Fairness in das System zu bringen. Durch die

gestaffelte Erhöhung werden besonders die Bezieher der kleinen und mittleren Pensionen berücksichtigt, was unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit entspricht“, so Gemeinderat Johann Engelmann. Bei einem Pensionsbezug bis 1.115 Euro gibt es ein Plus von 2,6 Prozent. Zwischen 1.115 und 1.500 Euro entspricht die Erhöhung der Inflationsanpassung von zwei Prozent. Von 1.500 Euro bis zur ASVG-Höchstpension von 3.402 Euro werden die Beträge ebenso um zwei Prozent erhöht. Für darüberliegende Pensionen gibt es einen monatlichen Fixbetrag von 68 Euro. Je höher der Pensionsbezug ist, desto geringer fällt die Anpassung aus. „Bezieher von kleinen und mittleren Pensionen werden dadurch besonders unterstützt. Damit soll der in den letzten Jahren gestiegenen Altersarmut ent-

schieden entgegengewirkt werden“, erklärt der Abgeordnete zum Landtag Steiermark Erich Hafner das Vorhaben der Bundesregierung. In der Steiermark gibt es 280.000 Pensionsbezieher. Weit mehr als die Hälfte, nämlich rund 174.000 Pensionsbezieher, erhalten im Zuge der Pensionsanpassung mehr als die Inflationsabgeltung. Weitere 106.000 Bezieher bekommen genau zwei Prozent. Da in der Grünen Mark überproportional viele Pensionisten die Ausgleichszulage beziehen, wird diese Maßnahme auch besonders vielen Leistungsbezieher zugutekommen.

„Ungefähr 43.000 Pensionisten in der Steiermark werden von der Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze um 2,6 Prozent profitieren“, so der Gemeinderat Johann Engelmann abschließend.

Ihr Gemeinderat
Johann Engelmann
FPÖ-Stadtpartei Weiz



NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem

Freiheitliche rufen eine Petition gegen ein drohendes Brüsseler Belastungspaket ins Leben.

In Österreich wird für die Benutzung von Autobahnen und Schnellstraßen von allen ausländischen und inländischen Fahrzeugen eine Maut erhoben. Im Gegensatz zu anderen Ländern erfolgt dabei die Einhebung bekanntlich in Form einer Vignette. Entgegen dieser bewährten Regelung plant die EU-Kommission, ein europaweit einheitliches Pkw- und Lkw-Mautmodell zu etablieren. Die Höhe der Gebühr für die Benutzung der heimischen Autobahnen soll dann von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abhängig sein. Heimische Autofahrerklubs rechnen für die österreichischen Autofahrer mit Mehrkosten in Milliardenhöhe.

„Die FPÖ fühlt sich den Interessen der heimischen Pendler verpflichtet, weswegen wir uns von Beginn an gegen das Vorhaben der EU-Kommission ausge-

sprochen haben. Es kann nicht sein, dass die österreichischen Autofahrer durch Brüsseler Belastungsmaßnahmen geschröpft werden!“, so der Abgeordnete zum Landtag Steiermark Erich Hafner. Würde ein kilometerabhängiges Mautsystem tatsächlich zur Umsetzung gelangen, so müssten etwa Pendler, die beispielsweise an 223 Arbeitstagen im Jahr von Leibnitz nach Graz fahren, mit jährlichen Mehrkosten von 914 Euro rechnen. Autofahrer, die zwischen Hartberg und Graz pendeln, würden infolge des Brüsseler Modells jedes Jahr sogar 1.572 Euro an Mehraufwendungen tragen müssen. Diese Zahlen basieren auf der vom ÖAMTC errechneten Annahme, dass sich ein derartiges Verrechnungssystem erst ab 5 Cent pro gefahrenen Kilometer auszahlen würde.

„Gerade in der ländlich geprägten Steiermark sind viele Bürger auf die tägliche Benutzung der heimischen Autobahnen angewiesen. Mit unserer Petition wollen wir davor

warnen, dass ein kilometerabhängiges EU-Mautsystem enorme Mehrkosten für heimische Pendler bedeuten würde“, so der Verkehrssprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs Erich Hafner. Die Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem“ kann auf der Homepage der FPÖ Steiermark unter www.fpoe-stmk.at abgerufen werden. Darüber hinaus werden steiermarkweit Unterschriften gesammelt und Informationsveranstaltungen abgehalten. Mitte Jänner 2019 werden die Unterstützungserklärungen an das Europäische Parlament übermittelt. „Wir Freiheitliche beabsichtigen mit der gegenständlichen Petition dem Bürgerprotest gegen das Brüsseler Mautkonzept - von der Steiermark ausgehend - eine Stimme zu verleihen“, so der Landtagsabgeordnete Erich Hafner abschließend.



Euer Erich Hafner
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und
Bezirksparteiobmann
Telefon: 0664 / 465 89 14
E-Mail: erich.hafner@fpoe.at



TAG DER OFFENEN TÜR - BEZIRKSBURO WEIZ

mit **Bezirksparteiobmann Erich Hafner** und seinem Team

28
Nov.

FPÖ Bezirksbüro Weiz · Lederergasse 12

15.00 bis 20.00 Uhr

✓ Informationen und Gespräche

✓ Verpflegung

Jeder ist herzlich willkommen!

Es wird darauf hingewiesen, dass am Veranstaltungsort Fotos und/oder Videos angefertigt werden und zu Zwecken der Dokumentation der Veranstaltung veröffentlicht werden können.

F.d.l.v.: FPÖ Bezirkspartei Weiz 18160 Weiz



Leistbares Wohnen für unsere Leut'.


Mario Kunasek
Bundesminister für Landesverteidigung
FPÖ-Landespartei/mann

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FPÖ-Bezirksbüro Weiz

Lederergasse 12 · 8160 Weiz
Telefon: 03172 / 30 6 54
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at



Nicol Prem,
Bezirkssekretärin
Mobil:
0664 / 35 28 059



Kerstin Fasching,
Bezirkssekretärin
Mobil:
0664 / 43 55 150

Öffnungszeiten:

MONTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
DIENSTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
MITTWOCH: 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
DONNERSTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
FREITAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Wollen Sie unsere
freiheitlichen
Ideen unterstützen?

Wollen Sie sich beteiligen
oder haben Sie ein Anliegen,
das Ihnen wichtig ist?

Herzlich willkommen! Bei uns sind Sie richtig!

Hier kann sich jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen. Egal, ob regelmäßig oder sporadisch, aktiv oder einfach nur, um unserer Gemeinschaft anzugehören:

Wir freuen uns auf Sie.

www.fpoe-stmk.at



Österreich vertraut dieser Regierung

Aktuelle „Grundwertestudie“ zeigt, dass das Regierungsprogramm den Wünschen der Österreicher voll und ganz entspricht.

Die Österreicher haben von der Politik ein bedeutend positiveres Bild als noch vor zehn Jahren. Die Demokratie genießt höchste Zustimmungsraten. Auch die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist gestiegen, weil diese Regierung die Sorgen der Österreicher betreffend Sicherheit und Einwanderung endlich ernst nimmt.

96 Prozent schätzen die Demokratie

Das offizielle Österreich feiert das hundertjährige Bestehen der Republik. Die Universität Wien untermauert mit ihrer aktuellen „Europäischen Wertestudie“ die stabile Entwicklung des Landes: Die Demokratie wird von 96 Prozent der Österreicher als sehr gutes oder gutes politisches System für das Land eingeschätzt.

Einen großen Anteil an dieser positiven Stimmungslage hat auch die neue Bundesregierung. Die von ihr ausgerufene und engagiert angegangene politische Wende kommt bei den Österreichern sehr gut an.

Während sich die Bürger in der Umfrage 2008 von der Politik noch schwer enttäuscht zeigten, gibt es 2018 ein deutlich positiveres Bild. 56 Prozent der Bevölkerung sind jetzt zufrieden damit, wie das politische System in Österreich derzeit funktioniert. Nur 20 Prozent sind unzufrieden.

Der Regierung vertrauen in der aktuellen Erhebung 42 Prozent, während 2008 gerade einmal 17 Prozent der Politik der damaligen „großen Koalition“ etwas Positives abgewinnen konnten.

Problemfeld Einwanderung

Diese Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und der Wahrnehmung der Bürger zeigt sich auch bei einem anderen, bei der Nationalratswahl 2017 entscheidenden, Thema: der Einwanderung und deren Folgen. Das hat wohl auch zu diesem Vertrauensverlust in die Medien - und dem Vertrauenszuwachs in die neue Bundesregierung - beigetragen.

Fast drei Viertel der Österreicher sind nämlich davon überzeugt, dass die Einwanderung unser Sozialsystem belastet und die Kriminalitätsprobleme in den letzten Jahren verschärft hat.

Wegen dieser Einwanderung in das Sozialsystem glaubt auch nur noch ein Drittel, dass Einwanderer den Österreichern Arbeitsplätze wegnehmen. Vor zehn Jahren, als es um die Arbeitsmarktöffnung für die osteuropäischen EU-Mitglieder ging, glaubte das noch rund die Hälfte. Auch hier haben die Bürger mehr Sinn für die Realität bewiesen, als die EU-freudigen Medien, wie die Arbeitsmarktdaten der letzten Jahre bestätigen.

Mehr Vertrauen in die Polizei

Diese, von der Einwanderung verursachten, gesellschaftlichen Veränderungen haben auch das Vertrauen in einige Institutionen gestärkt. Allen voran in die heimische Exekutive, der jetzt 87 Prozent der Österreicher wieder vertrauen - nach nur 68 Prozent vor zehn Jahren. Auf fast ebenso hohe Zustimmungswerte kommen auch das Gesundheitswesen und das Sozialsystem.



Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport sowie Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache